

Heinz Weiss, Otto Felix Kanitz. Vom jüdischen Klosterschüler zum Top-Roten der Zwischenkriegszeit, Echomedia Buchverlag, Wien 2016, 239 S., geb., 24,90 €, ISBN 978-3-903113-14-5.

Otto Felix Kanitz (1894–1940) gehörte zu den bekanntesten Pädagogen der Arbeiterbewegung der Zwischenkriegszeit zwischen Erstem und Zweitem Weltkrieg. Zugleich sind biografische oder sich mit seinem Werk befassende Arbeiten bislang rar. Mit dem vorliegenden Band bietet Heinz Weiss einige Elemente einer eher journalistisch-publizistischen Biografie, mit vielen Zitaten, Textauszügen und Bildern. Ohne Not etwas reißerisch wirkt dabei der Untertitel des Bandes »Vom jüdischen Klosterschüler zum Top-Roten der Zwischenkriegszeit«.

Kanitz wurde 1894 als jüngster Sohn eines jüdischen Unternehmers geboren. Die Eltern ließen sich bereits 1899 scheiden. Der Vater trat mit seinen Söhnen zum katholischen Glauben über, die drei Söhne wurden in einem katholischen Waisenhaus in Wien untergebracht. Im Jahr 1907 begann Otto Felix Kanitz zunächst eine Lehre zum Installateur, später zum Kaufmannsgehilfen. Seit 1910 bei den sozialdemokratischen Kinderfreunden, seit 1911 in der Wiener Arbeiterjugend aktiv, überstand er den Krieg in Wien. Ab 1918 studierte er Pädagogik und Philosophie und begann im selben Jahr als pädagogischer Sekretär bei den Kinderfreunden zu arbeiten. Seit 1919 leitete er die neue Schule für Erzieher, die der Verband im alten Kaiserschloss in Schönbrunn hatte einrichten können. Ab 1921 gab er die Zeitschrift »Sozialistische Erziehung« heraus und mischte sich mit einer Reihe von Publikationen im deutschsprachigen Raum in die Debatten um die Art und Weise sozialistischer Erziehung junger Menschen ein. 1922 promovierte er zudem zum Doktor der Philosophie. Von 1925 bis 1930 agierte er als Vorsitzender des Reichsbildungsausschusses der Sozialistischen Arbeiterjugend, von 1930 bis 1933 war er Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiterjugend. Im Jahr 1932 wurde er ins österreichische Parlament (Bundesrat) gewählt, das Mandat wurde aber nach der Niederschlagung des Aufstands des sozialdemokratischen »Schutzbundes« im Rahmen der Februarkämpfe 1934 aberkannt. Er floh vorübergehend in die Tschechoslowakei und kehrte 1936 nach Wien zurück. Nach dem gewaltsamen Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich wurde er von der Gestapo verhaftet und 1939 in das KZ Buchenwald verschleppt, wo er am 27. März 1940 verstarb.

Das Buch von Heinz Weiss beginnt mit einer kurzen Darstellung des Wegs von Hermine Weinreb zu den Kinderfreunden. Weinreb, aus bürgerlichem Hause kommend und gegen den Willen ihrer Familie Mitglied der Sozialdemokratie geworden, habe als Vorsitzende der Kinderfreunde in Wien-Alsengrund 1915 junge Pädagogen für ihre Arbeit angeworben, darunter auch Kanitz. Ein wichtiges Projekt für Weinreb sei die Einrichtung einer eigenen Ausbildungsstätte von Erziehern gewesen – mit der Auswahl ihres »geistigen Sohnes« Otto Felix Kanitz als Leiter der Schule in Schönbrunn sei ihre pädagogische Saat aufgegangen (13).

Für die weitere Darstellung wählt der Autor einen interessanten Einstieg, indem er die von Kanitz verfasste »Geschichte des Franz Lechner« über den Leidensweg eines jungen Lehrlings und seine Kontaktaufnahme mit der Arbeiterjugendbewegung mit Elementen der Biografie von Kanitz verbindet – und nahelegt, dass Kanitz hier auch eigene Erlebnisse verarbeitet hat. Die Geschichte beschreibt sehr anschaulich die Willkür und Ausnutzung der Lehrlinge durch die Lehrherren und thematisiert zugleich den schwierigen Weg für die jungen Menschen zu einem Engagement in der Arbeiterjugend und zum Kampf für die eigenen Rechte. Damit ist zugleich auch ein sehr eindrückliches Panorama der Lebenslagen gezeichnet, mit denen die Kinderfreunde und die Arbeiterjugend bei der eigenen Arbeit umgehen mussten.

Die Arbeit der Kinderfreunde sollte nicht nur Fürsorge, sondern Erziehung sein, in Kanitz' Worten lautete die Aufgabe: »das geistige Leben des Kindes nach einer bestimmten Richtung hin entwickeln, das Denken, Fühlen und Wollen in einer ganz bestimmten Weise beeinflussen.« (S. 64). Eine objektive Erziehung sei undenkbar, eine unparteiische Beeinflussung ein Unding (S. 65). Und später zitiert Weiss einige Grundsätze der sozialistischen Erziehung nach Kanitz: »Die erste Forderung sozialistischer Erziehung ist die Erziehung der Kinder zur Solidarität. Die Weltanschauung unserer Kinder muss vom Gefühl der Solidarität bestimmt sein.« (S. 84). In der Folge zeichnet der Autor einige der pädagogischen Debatten nach, an denen Kanitz beteiligt war. Mit den weiteren Entwicklungen der Republik, insbesondere seit den tödlichen Auseinandersetzungen zwischen reaktionärer Heimwehr und sozialdemokratischem Schutzbund in Schattendorf und dem Brand des Wiener Justizpalasts im Jahr 1927, wurde die Sprache Kanitz' zunehmend militanter. So heißt es in einem Artikel aus diesem Jahr: »Unsere erste Aufgabe: Wir müssen wehrhaft werden! Wir müssen die Reihen unserer Jungordner stärken, müssen

unsere Körper stählen, unsere Muskeln dehnen, unsere Herzen mit Mut erfüllen. Je stärker der Schutzbund, je stärker die Jugendordnerformationen, umso eher werden sich's Frontkämpfer und Hakenkreuzler überlegen, jemals wieder auf Arbeiter zu schießen. Unsere zweite Aufgabe: Wir müssen lernen! [...] Unsere dritte Aufgabe: Wir müssen werben!« (S. 122).

Das Exil in der Tschechoslowakei hielt Kanitz nicht lange aus. Geplagt vom Heimweh nach Wien und nach seiner Familie, bemühte er sich bei den österreichischen Behörden um die Genehmigung der Rückkehr und versprach, sich politischer Aktivitäten zu enthalten. Zurück in Wien wurde er von vielen alten Genossen misstrauisch beäugt. Diese Zeit beschreibt der Autor als nicht mehr sehr glücklich. Ob Kanitz bewusst ignoriert oder schlicht vergessen wurde, will der Autor nicht bewerten. Die Beziehung zu seiner Familie scheint kompliziert gewesen zu sein, die meiste Zeit war er jedenfalls getrennt von seiner Familie gemeldet.

Heinz Weiss ist eher ein Erinnerungsband als eine vollständige Biografie gelungen – eine interessante Collage aus Texten von Kanitz, aus Bildern und Dokumenten. So bieten sich einige schöne Einblicke in seine pädagogischen und politisch-organisatorischen Vorstellungen. Die politischen Kontroversen über die den Ansprüchen der Bewegung angemessene Pädagogik, in die auch Kanitz beispielsweise bei der Aufstellung der SAJ oder im Rahmen der internationalen Debatten der Arbeiterjugend verwickelt war, kommen hingegen nur am Rande vor.

Der Lebensweg von Otto Felix Kanitz steht beinahe exemplarisch für die gesamte Tragik der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung der Zwischenkriegszeit: Aus eigenem Antrieb und teilweise autodidaktisch wurde ein enormes Wissen erarbeitet, mit viel Ausdauer wurden auch erste organisatorische Rahmenbedingungen zu ihrer Umsetzung geschaffen um dann letztlich an der Gewalt und Brutalität der faschistischen Bewegungen buchstäblich zugrunde zu gehen. So ist das Buch ein Beitrag zur Würdigung einer politischen und pädagogischen Aufbruchzeit, die es wert ist erinnert zu werden und bei der es durchaus interessant bleibt, auch nach aktuellen Anschlüssen zu suchen.

Thilo Scholle, Lünen

Zitierempfehlung:

Thilo Scholle: Rezension von: Heinz Weiss, Otto Felix Kanitz. Vom jüdischen Klosterschüler zum Top-Roten der Zwischenkriegszeit, Echomedia Buchverlag, Wien 2016, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 59, 2019, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81900>> [15.8.2019].

Christoph Gusy/Robert Christian van Ooyen/Hendrik Wassermann (Hrsg.), 100 Jahre Weimarer und Wiener Republik – Avantgarde der Pluralismustheorie, (Recht und Politik, Beiheft 3), Duncker & Humblot, Berlin 2018, 143 S., brosch., 49,90 €, ISBN 978-3-428-15613-9.

Die Gründe für das Scheitern der Weimarer Republik werden nach wie vor kontrovers diskutiert. Dabei wird auch die Struktur der Weimarer Verfassung immer wieder in die Ursachenbetrachtung einbezogen. Zugleich üben insbesondere die sich im Laufe der 1920er-Jahre entwickelnden staatsrechtstheoretischen Diskussionen beispielsweise zwischen Hermann Heller, Rudolf Smend, Carl Schmidt und Hans Kelsen eine bis heute andauernde Faszination aus. Oft vergessen wird dabei, dass es auch in Österreich eine vergleichbare Situation der Republik- und Verfassungsneugründung gab. Hier waren die Protagonisten der Verfassungsdebatten neben Hans Kelsen insbesondere die Sozialdemokraten Otto Bauer, Karl Renner und Max Adler. Dass es bei den Verfassungsdebatten sowohl in Deutschland als auch in Österreich nicht (nur) darum ging, wie eine bürgerliche Demokratie staatsorganisationsrechtlich aufgestellt sein müsse und welche Rolle eventuell auch Grundrechte der Individuen spielen könnten, sondern dass Hintergrund vieler Beiträge auch die Frage der Rolle und Gestaltung einer Verfassung vor dem Hintergrund der realen gesellschaftlichen Verhältnisse war, wird oft nicht beachtet. Dies gilt umso mehr in Bezug auf die fehlende Berücksichtigung der »Austromarxisten« um Otto Bauer, die sehr anregende, aber bis heute nur wenig rezipierte Beiträge zu einer marxistisch informierten Verfassungstheorie geliefert haben.

Vor diesem Hintergrund ist die Zusammenstellung der Beiträge im hier zu besprechenden Heft beachtenswert. Die inhaltliche Interpretationslinie des vorliegenden Beihefts der sozialdemokratisch-orientierten rechtspolitischen Zeitschrift »Recht und Politik« wird bereits im Untertitel deutlich »Avantgarde der Pluralismustheorie«. Das Heft vereinigt acht Beiträge, von denen der überwiegende Teil bereits andernorts publiziert wurde.

In seinem Vorwort hält der Bielefelder Verfassungsrechtler Christoph Gusy fest: »Im Jahr 1918 verging in Deutschland und in Österreich nicht bloß eine Verfassung, sondern auch ein altes Verfassungs- und Verfassungsrechtsdenken.« Dieses war, wie der Autor weiter ausführt, alles andere als unumstritten (S. 6). Gusy eröffnet den Band auch mit dem ersten Beitrag (»Die verdrängte Revolution«, S. 9–32), und unterstreicht eingangs noch einmal, dass das Ende der Weimarer Republik und die NS-Verbrechen keine Folge der Weimarer Reichsverfassung (WRV) gewesen seien, »sondern die Folge von deren planmäßiger Zerstörung und tiefstem Niedergang« (S. 9). Im Folgenden skizziert der Autor den »Weg nach Weimar«. Gusy stellt fest, dass Freiheitsschutz in aktuellen Debatten eher als Handlung mitunter auch gegen die Volksvertretung beispielsweise durch (Verfassungs-) Gerichte gesehen werde (S. 25). Dem hält er entgegen, im Anschluss an Hans Kelsen könne man auch an Lösungen denken, die auf beiden Mechanismen der Freiheitssicherung aufbauten. Dies setze jedoch voraus, dass der Grundgedanke der Freiheitssicherung durch politische Mitwirkung der Grundrechtsträger als sinnvolle und notwendige Idee mitgedacht werde. »Das Nebeneinander von sozialen und politischen Garantien und der gleichen und gerechten Wahl verweisen die Verwirklichung von Freiheit und Gleichheit im Staat auf diejenigen, die dazu am meisten berufen sind. Das sind die Träger der Grundrechte selbst und ihre gewählten Vertreter.« (S. 26).

Die frühere Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger würdigt in ihrem kurzen Beitrag Hugo Preuß (S. 33–38). Demselben Verfassungsdenker widmet sich auch der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, in einem längeren Beitrag (S. 39–56). Preuß habe für einen »dritten Weg zwischen Status quo und Radikalumsturz« plädiert. »Die Weimarer Reichsverfassung sollte nach seiner Vorstellung einer pluralistischen Ordnung jenseits des Bürgerkrieges oder der Konfliktunterdrückung den Boden bereiten.« (S. 43). Wichtig seien für Preuß vor diesem Hintergrund die politischen Parteien gewesen: »Die Gesellschaft ist durch Heterogenität und Interessenvielfalt gekennzeichnet, die sich in politischen Parteien und anderen Verbänden ausdrückt. Mit Hilfe des demokratischen Verfassungsstaates formt sich diese Gesellschaft zu einer politischen Gemeinschaft, die genossenschaftlich strukturiert ist und deren Entscheidungsprozesse mehrstufig-föderal und durchlässig angelegt sind. Politische Einheit soll also gerade durch die umfassende Einbindung bürgerlicher Vielfalt hergestellt werden.« (S. 50f.) Letztlich bleibe die pluralistische Verfassungskultur mit ihrem Vertrauen in die Selbstorganisation der Gesellschaft trotz aller damit verbundenen Probleme auf Dauer wohl die einzige Alternative zu einem totalitären Staat – eine Perspektive, die sich auch in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts wiederfinde (S. 56).

In einem weiteren Beitrag widmet sich Christoph Gusy dem Thema »Die Weimarer Verfassung zwischen Überforderung und Herausforderung« (S. 57–83). Das Ende der demokratische Weimarer Verfassungsinterpretation sei nicht gekommen, »weil ihre Lehren falsch oder widerlegt waren; es kam, als die Gegenauffassung in den Vorhof der Macht gelangte und die dort maßgeblichen Positionen und Begriffe prägte« (S. 63). Die Frühzeit der Bundesrepublik habe die Weimarer Verfassung denn auch überwiegend aus der Perspektive ihrer (in Funktionen in Wissenschaft und Verwaltung zurückgekehrten) Gegner kennen gelernt (S. 64). Demgegenüber sei vieles, was in aktuellen EU-Verfassungsdiskussionen und deutschen Verfassungsreformdiskussionen thematisiert werde, etwa der Ausbau direktdemokratischer Elemente, die Stärkung von Kontrollrechten, politische Partizipations- und soziale Grundrechte bereits in der Nationalversammlung diskutiert und in der WRV »teils mehr, teils weniger explizit angelegt« (S. 67). Die meisten Verfassungsnormen seien im Jahr 1919 nicht einfach »fertig« gewesen: »Was also aus einer Verfassungsnorm »gemacht« werden, wie sie auf Stabilisierung oder Destabilisierung der Republik wirken konnte oder würde, ließ sich aus der Perspektive der Verfassungsgeber ebenso wenig absehen wie aus dem Text der meisten Regelungen der WRV.« (S. 76) Verfassung gerate in Abhängigkeit nicht nur von rechtlichen, sondern auch von rechts- und verfassungskulturellen Erwartungen und Einflüssen, geistigen Zeitströmungen und politischen Voreinstellungen.« (S. 80). Diese an sich richtige Aufzählung müsste nach Meinung des Rezensenten unbedingt noch um ökonomische gesellschaftliche Grundbedingungen ergänzt werden.

In weiteren Beiträgen mustert Robert Christian van Ooyen die »Verfassungspolitologie pluralistischer Demokratie« u.a. bei Hugo Preuß, Gerhard Anschütz, Richard Thoma, Hans Kelsen und Hermann Heller durch (S. 84–94), und widmet sich später der normativen »Staatstheorie von Hans Kelsen als Verfassungstheorie pluralistischer Demokratie« (S. 115–130). Christoph Schmetterer steuert einen instruktiven Beitrag zur Entstehung der Ersten Republik in Österreich bei (S. 95–114), während Detlef Lehnert den Wiener Rechtswissenschaftler Leo Wittmayer vorstellt (S. 131–143).

Insgesamt bieten die Beiträge so eine interessante Zusammenstellung von Einordnungen der damaligen verfassungsrechtlichen und verfassungspolitischen Entwicklungen. Sehr zu begrüßen ist, dass auch österreichische Entwicklungen in die Betrachtung einbezogen werden.

Thilo Scholle, Lünen

Zitierempfehlung:

Thilo Scholle: Rezension von: Christoph Gusy/Robert Christian van Ooyen/Hendrik Wassermann (Hrsg.), 100 Jahre Weimarer und Wiener Republik – Avantgarde der Pluralismustheorie, (Recht und Politik, Beiheft 3), Duncker & Humblot, Berlin 2018, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 59, 2019, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81901>> [15.8.2019].

Scott H. Krause, Bringing Cold War Democracy to West Berlin. A Shared-German American Project, 1940–1972, Routledge, London/New York 2019, X + 284 pp., hardcover, 105.00 £, ISBN 978-1-138-29985-6.

Over the past four decades, if not before, network theory has been an influential approach in sociological research with a predominant focus on quantification. Business sociology provides a good example. Looking at management and supervisory boards of companies, the task was to identify which key people of major corporations also had seats on the boards of other companies and thus to establish the connections between them. What was to be reconstructed were the ties between them and to plot them graphically as often highly complex structures of two- or even three-dimensional networks. It did not take long for network theory to attract historians, but from the start they were more interested in the qualitative aspects of ties between individual actors, and instead of studying business networks, they also turned to political and cultural ones. The aim was to examine the interactions of individuals involved in a particular network and to tease out the quality of relationships as well as mutual perceptions. This was perhaps less rigorous, but it certainly opened a window to a world of ties that were different from the older research on the history of »circles«, such as the *George-Kreis*, that tended to be exclusive and inward-looking.

Scott Krause has made network theory his starting-point, but as a historian decided to work with Peter M. Haas's notion of epistemic communities, marked by a »shared set of normative and principled beliefs which provide a value-based rationale for social action«. (p. 8) His epistemic community gathered in West Berlin, and he traces, as a first step, its »experiences of the fight against National Socialism, exile, and disillusionment with Soviet-style Communism«. This, he argues, constituted the set of convictions that the German members of the Berlin network shared despite their different backgrounds. No less important, Krause introduces a second group, i.e., the remigrés who, together with the first group, created the »common policy enterprise of portraying Berlin's western sectors as the showcase of Cold War Democracy« against »totalitarianism«.

Krause believes that »discovering and examining this network of propagandists of »freedom« will allow him first of all to add »nuance to the conception of democratization as a distinct transfer of cultural attitudes from a newly minted superpower to a shattered society through the translation of cultural concepts by remigrés. Secondly, he highlights »the challenges the political left encountered in postwar Germany and the extent to which American officials contributed to the restructuring of an anti-Communist Left in Germany.«

If this is the conceptual framework that Krause puts forward, what is the empirical backup that he provides for his examination of such major political figures as Ernst Reuter, the governing mayor of Berlin, and Willy Brandt, his successor on the German side, and, on the American side, Shepard Stone, the Public Affairs director under US High Commissioner John McCloy, the American journalists around the RIAS radio station, or Hans Hirschfeld, who returned from New York to West Berlin as Reuter's public relations manager. The author shows how they became members of a network with a political agenda of fostering West Berlin's international position as an »outpost of freedom«.

The book starts with a depressing account of Berlin at the end of the war, devastated by bombing and fierce street fighting. Early visitors to the city had conflicted reactions to the city, once the hub of Weimar culture, but after 1933 the nerve center of a brutal dictatorship that had planned and unleashed a world war and the murder of millions of Jews and other minorities in the Holocaust. The contrast is perhaps best summed up by a quote from John J. Maginnis, a US general, who remarked in November 1945: »I could sit in my office and say with conviction that these Germans, who had caused so much harm and destruction in the world, had some suffering coming to them, but out here in the Grunewald, talking with people individually, I was saddened by their plight. It was the difference between generalizing on a faceless crowd and looking into one human face.«

Krause then moves swiftly from the city's history in 1945/46 to the escalating crisis of 1947/48 when East-West tensions mounted and the Cold War began in the middle of Berlin. However, before dealing with the Berlin Blockade and the role of Ernst Reuter, he takes the reader across the Atlantic to discuss the »origins of the Outpost network« in New York between 1933 and 1949. Here, he introduces two refugees from Nazi Germany as the linchpins of this particular network, Paul Hertz and Hans Hirschfeld. Before 1933, the latter had been

charged with coordinating the media relations of the Social Democratic Prussian government, but his career ended abruptly in the summer of 1932 in the wake of Reich chancellor Franz von Papen's *Preussenschlag*. Having escaped to the United States, Hirschfeld became quite frustrated with the passivity of the American population toward the Nazi threat. But the New York intellectual milieu also enabled the formation of strong ties, guiding the refugees towards a »new esteem for liberal democracy and the renunciation of Soviet Communism«, transforming »an initially anti-fascist consensus into an anti-totalitarian« one.

In the meantime and after several bureaucratic delays, Ernst Reuter had returned to Berlin with his family from his Turkish exile in November 1946. Trying to establish himself politically in Berlin, he promoted his notion of *freieitlicher Sozialismus*. This was »the conviction of sharing fundamental political ideals of liberal democracy [that now] facilitated the formation of the Outpost network that linked returned Social Democrats and American officials«, posted in West Berlin. Enter Shepard Stone and his wife Charlotte who had become close friends of the Hirschfelds in New York. After the war, this particular »network reconstituted itself in Berlin, where it incorporated new German and American members and successfully couched its political aspirations within the narrative of the Outpost of Freedom in the opening Cold War.«

It was Paul Hertz and Stone who persuaded an initially reluctant Hirschfeld to return to Germany. But it was Reuter's return that paved the road to Berlin for a number of other members of the network, among them Willy Brandt who with is Norwegian passport became the press attaché with the Norwegian Military Mission before he decided to reacquire German citizenship. Another important network figure was the US Army Major Karl F. Mautner. Hailing from Vienna, his family had moved to Hungary in 1938 whence he emigrated to the United States, while his parents stayed behind and in 1944 perished in the Nazi Holocaust. What was remarkable about him and others who had lost family in camps is that they were prepared to set aside their bitter memories about the past and to commit themselves to the rebuilding of Berlin under Reuter's leadership.

What greatly reinforced the ties among them was the imposition by Stalin of the Berlin Blockade in June 1948 whose success was thwarted by Washington and London when they ordered their air forces to fly close to 278,000 missions to Tempelhof with a total freight of 2.3 million tons of food and other vital supplies for Berlin's embattled inhabitants. When Stalin abandoned the Blockade in September 1949, he had helped not only to forge a strong sense of Berlin's position as an »outpost of freedom« inside the Soviet Bloc, but also to create solidarities with the American public that made it possible for the city to weather the next three crises in 1953. First there was McCarthy's anti-Communist witch hunt which put individuals like Stone and institutions, such as the Berlin *Amerikahaus*, under a cloud. In June followed the uprising of workers against the Ulbricht regime in East Germany that was brutally suppressed by Soviet tanks. Finally, there was the death of Reuter on 29 September 1953 which slowly opened the way for the rise of Brandt to the position of Governing Mayor. In 1962, he and his American network were confronted with the next dangerous crisis when Ulbricht decided to stop the free movement of Berliners between the four Allied sectors and to build the Wall right through the middle of the city.

Krause subsequently provides many valuable details and insights into Brandt's policies and the hostility he faced from Konrad Adenauer's Christian Democratic Party and into the origins of his *Ostpolitik* and reconciliation with West Germany's eastern neighbors. The other illuminating chapter is the story of the RIAS radio station and the networks of American and German journalists who broadcast Berlin's position as the Outpost of Freedom around Europe.

Overall Krause's book may not offer anything that was not known before in broad outline. But his network approach makes it possible for him focus not only on the top decision-makers but also on the second layer of experts and network specialist without whom the policies at the top cannot be understood. It is a deeply researched book that makes it a worthwhile and illuminating read.

Volker Berghahn, New York

Recommended Citation:

Volker Berghahn: Review of: Scott H. Krause, Bringing Cold War Democracy to West Berlin. A Shared-German American Project, 1940–1972, Routledge, London/New York 2019, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 59, 2019, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81902>> [15.8.2019].

Andrew L. Johns/Mitchell B. Lerner (Hrsg.), The Cold War at Home and Abroad. Domestic Politics and US Foreign Policy since 1945, University Press of Kentucky, Lexington 2018, vi + 332 S., geb., 60,00 \$, ISBN 978-0-813-17573-7.

Charlie Wilson hatte es leicht als Abgeordneter. Fast zweieinhalb Jahrzehnte lang vertrat der Demokrat den zweiten Kongressdistrikt von Texas in Washington. Schenkt man der filmischen Stilisierung von Wilsons bewegtem Leben Glauben, so konnte sich der schillernde Politiker deshalb ungestört dem Afghanistankrieg widmen, weil seine Wählerinnen und Wähler vergleichsweise anspruchslos waren: Der von Tom Hanks kongenial verkörperte Wilson musste seinem Elektorat nur dessen Waffenbesitz garantieren und es ansonsten in Ruhe lassen. Das Bedingungsgeflecht, das Innen- und Außenpolitik während des Kalten Kriegs bildete, war freilich nicht immer so geschmeidig zu entwirren. Die Autorinnen und Autoren des von Andrew Johns und Mitchell Lerner herausgegebenen Sammelbands haben sich vorgenommen, mithilfe eines methodisch modernisierten Ansatzes der Politikgeschichte die Wechselbeziehung zwischen der nationalen und der internationalen Arena in der Ära der Blockkonfrontation zu beleuchten.

Wie schmal der Grat zwischen Information und Propaganda in einer Demokratie ist, exemplifiziert Autumn Lass anhand des im US-Außenministerium angesiedelten »Office of Public Affairs«. Diese Einrichtung sollte Fakten eigentlich wirklichkeitsgetreu verbreiten, konnte jedoch der Versuchung nicht widerstehen, selbst Fakten in die Welt zu setzen, um einer in den späten 1940er-Jahren zunächst skeptischen Öffentlichkeit die Notwendigkeit einer offensiven Strategie im Kalten Krieg näherzubringen. Information und Indoktrination waren demnach zwei Seiten derselben Medaille. Dies gilt nicht zuletzt für den Vietnamkrieg. David L. Prentice zeichnet die politische Karriere des Abgeordneten Melvin Laird nach, der als »political attack dog« (S. 37) Präsident Lyndon B. Johnson zusetzte, gleichzeitig aber als Repräsentant eines pragmatischen Republikanismus des Mittleren Westens etwa die Forderungen der Bürgerrechtsbewegung nicht kategorisch abwies. Laird sprach sich gegen einen Einsatz von Bodentruppen in Indochina aus, forderte stattdessen ein massives Bombardement, um amerikanischen Soldaten einen blutigen Opfergang zu ersparen. Einen Verhandlungsfrieden lehnte er strikt ab. Später gab er einer revisionistischen Lesart des Vietnamkonflikts Nahrung, indem er die zögerliche Haltung des Kongresses für die ausbleibenden Erfolge auf dem Schlachtfeld verantwortlich machte. So aufschlussreich Prentice' Studie in Bezug auf Lairds Metamorphose vom Falken zum Pessimisten ist, so wenig erhellt aus ihr die dem Sammelband leitmotivisch vorangestellte »Tocqueville Oscillation« (Walt Rostow) zwischen Innen- und Außenpolitik. Ganz anders indes bei Christopher Foss: Sein Aufsatz analysiert am Beispiel Henry »Scoop« Jacksons überzeugend die Wechselwirkung beider Politikfelder. Jackson vertrat über Jahrzehnte hinweg hartnäckig die Interessen des Staates Washington auf Bundesebene. So gelang es ihm, Bundesgelder für Militäreinrichtungen und Nuklearanlagen in den pazifischen Nordwesten zu lenken, selbst wenn der Kongress eigentlich zu Sparrunden ansetzte. Neben einem »brash display of nuclear cheerleading« (S. 70) blieb auch sein Lobbying zugunsten des Flugzeugkonzerns Boeing im Gedächtnis und trug ihm 1970 den ersten Platz im parlamentarischen Subventionsranking ein. Bittere Ironie: Selbst die Beseitigung der nuklearen Hinterlassenschaften in Hanford sicherte Jobs. Liberale schätzten Jackson als Kümmerer, Konservative hoben seine sicherheitspolitische Kompromisslosigkeit hervor. Allerdings hegte Jackson früh Sympathien für China, und als sich das Land unter Deng Xiaoping zu öffnen begann, verstand es der gewiefte Senator, zuvörderst seinen Heimatstaat Washington vom sich belebenden transpazifischen Handel profitieren zu lassen. Industrie-, Forschungs- und Sicherheitspolitik gingen Hand in Hand.

Daniel G. Hummel bringt in seinem ebenfalls überzeugend recherchierten Aufsatz die Religion ins Spiel. Er veranschaulicht die Bemühungen Marc Tanenbaums, mit Billy Graham einen der einflussreichsten Evangelikalen für eine proisraelische Allianz zu gewinnen und damit gleichzeitig den interreligiösen Dialog zu fördern. Als Anhänger der prämillenarisch-dispensationalistischen Eschatologie wahrte Graham theologisch Distanz zu anti-jüdischen Strömungen des Evangelikalismus und eignete sich so im Besonderen als Brückenbauer. Der Sechstagekrieg 1967 sowie Grahams Unterstützung für den später in Ungnade gefallenem Präsidenten Richard Nixon stellten die neue Allianz auf eine schwere Belastungsprobe. Hummel zeigt, wie sich Graham seit Mitte der 1970er-Jahre vom Nahostkonflikt abwandte, zumal er den Aufstieg der religiösen Rechten mit ihrer genuin politisch-kulturkämpferischen Agenda kritisch beäugte.

Henry R. Maar und Tizoc Chavez befassen sich intensiver mit Nixon, wobei Chavez das eindringlichere Porträt gelingt, indem er Nixons medial brillant inszenierte Reisen in das »Reich der Mitte« und nach Moskau als Ausfluss einer »storybook presidency« (S. 148) charakterisiert. Die ebenso knappen wie traumatischen Niederlagen bei den Präsidentschafts- und Gouverneurswahlen 1960 bzw. 1962 hatten Nixon in der Auffassung bestärkt, dass der medialen Begleitmusik mindestens derselbe Stellenwert beizumessen sei wie der politischen Substanz. Dass ausgerechnet der linkische und introvertierte Republikaner auf die Macht des Fernsehens und die Dynamik der Gesprächsdiplomatie setzte, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Und so öffnete der ehemals »coldest of cold warriors« (S. 154) 1972 die Türen zur Volksrepublik China, was einer sicherheitspolitischen Revolution gleichkam und obendrein von den ökonomischen Turbulenzen zuhause ablenkte, welche die Gewissheiten von Bretton Woods zum Einsturz brachten. Es nimmt daher nicht wunder, dass Nixons Chinareise John Adams zu einer raffinierten Oper inspirierte, die einen angestammten Platz im Repertoire der Moderne reklamieren kann.

Hideaki Kami und Amanda C. Demmer führen am Beispiel der Exilkubaner bzw. -vietnamesen vor Augen, wie der elitäre Zirkel des außenpolitischen Establishments von Graswurzellobbyisten auf Trab gehalten werden kann. Demmer erläutert differenziert die Aktivitäten der »Families of Vietnamese Political Prisoners Association« (FVPPA), die sich beharrlich für die Freilassung der nach 1975 in Umerziehungslagern internierten Regimegegner engagierte. Dabei stieß die Organisation in den USA anfangs auf ein gerüttelt Maß an Desinteresse, das erst überwunden zu werden vermochte, als das Schicksal der Kriegsgefangenen, Vermissten und der »Amerasians« zu einem Trumpf im Verhandlungspoker auf dem Weg zu einer Normalisierung der vietnamesisch-amerikanischen Beziehungen avancierte. In die Karten spielte der FVPPA außerdem die Renaissance der Familienwerte in der Rhetorik Ronald Reagans. Der auf einem dichten Netzwerk basierende Informationsvorsprung verschaffte der FVPPA einen Einfluss, der in keinem Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl und finanziellen Potenz stand und dem auch von der Populärkultur aufgeholfen wurde, als mit dem Film »Rambo II« 1985 die Auseinandersetzung mit dem Vietnamdesaster in eine neue Phase trat. Da eine forsche Menschenrechtspolitik darüber hinaus sowohl bei der Rechten als auch der Linken auf Anklang stieß, floss die Agenda der FVPPA reibungslos in die Verhandlungen zwischen Washington und Hanoi ein, die schließlich 1995 zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen führten.

Michael Brenes legt den Finger in die Wunde der politischen Ökonomie im Kalten Krieg. Die Aufrüstung unter Präsident Reagan habe die Kluft zwischen den Schichten vertieft, da vorwiegend Hochqualifizierte von elaborierten Rüstungsprogrammen profitierten, während die sogenannte Friedensdividende nach 1989 viele Arbeiter in Form von Jobverlust und Statusängsten erreichte. Brenes hebt präzise den Widerspruch zwischen den »mantras of self-reliance« (S. 250) und der Expansion des fiskalisch-militärischen Komplexes hervor: Gerade jene zu den Republikanern neigenden Profiteure der Aufrüstung machten vehement Front gegen eine als zu hoch empfundene Steuerlast, während die Protagonisten der Kampagne für nukleare Abrüstung liberale Argumente effizienten Haushaltens bemühten, um ihren Wirkungskreis über eine linke Kernklientel hinaus zu erweitern.

Die Aufsätze bieten insgesamt – bei Abstrichen im Einzelnen – einen facettenreichen Einblick in die Wechselwirkung innen- und außenpolitischer Systeme. Begrifflich geschärft worden wären die Beiträge durch eine Berücksichtigung der Theorien der internationalen Beziehungen. Auch wenn die Weltgesellschaft noch immer Utopie ist, bieten konstruktivistische Ansätze überzeugende Plädoyers für die Annahme, dass wachsende Interdependenzen Fragmente einer Gesellschaftswelt freilegen. Lerner lenkt am Ende selbst das Augenmerk auf die zwiespältigen Ausprägungen der »social media explosion« (S. 294), deren Folgen wiederum Bernard Harcourt unlängst in einer zwischen Brot und Spielen angesiedelten Strategie der *total information awareness* kulminieren sah, die auch in der Außenpolitik tagtäglich tiefe Spuren hinterlässt.

Gerhard Altmann, Korb

Zitierempfehlung:

Gerhard Altmann: Rezension von: Andrew L. Johns/Mitchell B. Lerner (Hrsg.), *The Cold War at Home and Abroad. Domestic Politics and US Foreign Policy since 1945*, University Press of Kentucky, Lexington 2018, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 59, 2019, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81903>> [15.8.2019].

Wolfgang Jäger, Soziale Sicherheit statt Chaos. Beiträge zur Geschichte der Bergarbeiterbewegung an der Ruhr, Klartext Verlag, Essen 2018, 211 S., brosch., 22,95 €, ISBN: 978-3-83-75-1988-4.

Nachdem sich insbesondere die Sozialgeschichte der 1970er- und 1980er-Jahre intensiv mit der Entwicklung der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften auseinandergesetzt hat, sind diese Themen etwas aus dem Blick geraten. Wolfgang Jäger hat nun das Ende des Steinkohlebergbaus in Deutschland 2018 zum Anlass genommen, an die Errungenschaften der (deutschen) Bergarbeiterbewegung zu erinnern, auch um neues Interesse für ihre Geschichte zu wecken. Das Buch beruht auf einer Vielzahl größtenteils bereits erschienener wissenschaftlicher Texte, journalistischer Beiträge und ausformulierter Vorträge des Autors. Inhaltlich deckt Jägers Schriftensammlung den Zeitraum vom Deutschen Kaiserreich bis in die jüngste Zeitgeschichte ab.

Der erste Themenblock des Buches »Gewerkschaftsgeschichte« konzentriert sich auf die IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) und deren Vorläuferorganisationen. Das Buch beginnt mit einem historischen Überblick über die Bergarbeiterbewegung, ihre Gewerkschaften und deren Führer. Anschließend geht Jäger auf die Wiedergründung der Gewerkschaften nach 1945 ein. Anschließend beschäftigt er sich mit der 1948 intensiv diskutierten und schließlich nicht umgesetzten Sozialisierung des Kohlenbergbaus, das heißt dessen Umwandlung in öffentliches Eigentum. Es folgt ein Text zu den Ortsgruppen als maßgebliche Organisationsform der verschiedenen, nicht nur dem Bergbau zuzuordnenden Gewerkschaften zwischen den 1950er- und 1980er-Jahren, die sich schließlich 1997 in der IG BCE vereinigten. Der erste Themenblock schließt mit einem Abschnitt zu den »dramatischen Märztagen von 1997«, in denen eine sozial verträgliche Form des Rückbaus der staatlichen Subventionen für den Steinkohlebergbau erreicht wurde. Dieser »Aufstand zur Erhaltung der Arbeitsplätze« (Zit. nach S. 78) zeichnete sich durch das ungewöhnliche Bündnis zwischen Gewerkschaftern und Unternehmern gegenüber der schwarz-gelben Bundesregierung aus und spielte, nach Jäger, eine nicht unwesentliche Rolle für den rot-grünen Wahlsieg 1998.

In einem politik- und sozialhistorischen Themenblock analysiert Jäger anschließend das Wahlverhalten und die politischen Bindungen der Ruhrbergarbeiter zwischen Kaiserreich und Nachkriegszeit. Das Bergarbeitermilieu war politisch keineswegs einheitlich und in verschiedene politische, konfessionelle und ethnische Untermilieus gegliedert. Jäger betont, dass für die Parteizugehörigkeit, »[...] Kultur wichtiger als Klasse war« (S. 89). Auch weist er auf die überdurchschnittliche NS-Resistenz des katholischen Milieus hin und identifiziert gleichzeitig Wahlbezirke, in denen sich im Kaiserreich kein festes Milieu gebildet, als Hochburgen der KPD. Der nächste Abschnitt des Buches basiert auf einer Rede und thematisiert die Bedeutung der polnischen Zuwanderer für das Bergbaurevier. Jäger revidiert in diesem Kontext die Idee des Ruhrgebiets als Schmelztiegel und zeigt das konfliktbehaftete Fortbestehen eines eigenen polnischen Bergarbeitermilieus auf, das erst von den Nationalsozialisten zwangsweise assimiliert worden sei. Dabei geht der Autor auch auf die deutlichen antipolnischen Ressentiments ein: »Das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen war, vorsichtig formuliert, schlecht [...]« (S. 116). Der Themenblock schließt mit einem (erneuten) Beitrag zum Wahlverhalten der Bergarbeiter, welches überblicksartig die Geschichte des Ruhrbergbaus darstellt.

Das letzte Drittel des Buches besteht aus mehreren kürzeren Texteinheiten, die sich zunächst unter dem Oberbegriff »Mitbestimmung« dem Stinnes-Legien-Abkommen 1918, der Abschaffung der Betriebsratswahlen 1933 und der Entstehung der 1951 verabschiedeten Montanmitbestimmung widmen. Es folgen zwei kurze Texte zum Schicksal der Gewerkschaften im Nationalsozialismus. Zunächst werden eindringlich die Einzelschicksale der Gewerkschaftsführer Fritz Husemann und Heinrich Imbusch und der für den Bergarbeiterverband tätigen Volkswirtin Luise Breuer dargestellt. Durch den Rückgriff auf Interviews mit Verwandten bzw. der Zeitzeugin selbst gewinnt der Abschnitt besondere Intensität. Anschließend wird die Zerschlagung des »Alten Verbands« 1933 skizziert, mit einem Verweis auf die mitunter kritisch als »kampfbare Kapitulation« interpretierte Auflösung der nichtsozialdemokratischen Gewerkschaften. Der letzte ausformulierte Abschnitt umfasst biografische Porträts dreier Gewerkschaftsführer (Otto Hue, Fritz Husemann und Heinrich Imbusch). Das Buch schließt mit einem chronologischen Überblick über Stationen der deutschen Bergarbeitergeschichte von 1865 bis 2018.

Jägers Textsammlung bietet einen breiten, gut lesbaren Überblick über die Bergarbeiterbewegung. Die an vielen Stellen sinnvoll eingefügten Bilder und Illustrationen lassen den Band lebendig wirken und unterstützen den Inhalt sehr anschaulich. Eine große Stärke des Buches ist Jägers Gespür für die internen Differenzen der Bergar-

beiterbewegung, welche bis in die Nachkriegszeit anhielten und schließlich erfolgreich in der Nachkriegszeit in einer Einheitsgewerkschaft zusammengeführt werden konnten.

Zugleich finden sich aber auch Leerstellen. Während Jäger ausgiebig das Schicksal der sogenannten Ruhrpolen im Kaiserreich und der Weimarer Republik schildert, fehlt eine Auseinandersetzung mit den sogenannten Gastarbeitern in der BRD fast völlig. Auch Frauen kommen im Buch fast ausschließlich als Ehegattinnen, Wählerinnen oder Sympathisantinnen vor. Den beiden genauer vorgestellten Akteurinnen Tisa von der Schulenburg und Luise Breuer werden zusammengekommen gerade einmal fünf Seiten gewidmet. Gewerkschafterinnen werden nur implizit erwähnt. Wenn auch Frauen die Arbeit unter Tage verboten war, waren sie doch in zahlreichen anderen Betriebsfeldern, die Jäger in seiner Vorgeschichte der IG BCE erwähnt, tätig. Die IG BCE selbst hatte im Jahr 2018 einen Frauenanteil von immerhin rund 20%. Das Ignorieren gewerkschaftlichen Engagements von Frauen ist auch deswegen problematisch, weil dies, wie u.a. Brigitte Kassel aufgezeigt hat, durchaus zum geschlechtspolitischen Konzept der Gewerkschaften gehörte, und von Jäger somit (unbewusst) fortgeschrieben wird.

Die schwierige Aufgabe eine Textsammlung inhaltlich kohärent zu gestalten, gelingt Jäger grundsätzlich sehr gut, wenn auch gewisse Brüche, insbesondere zwischen den inhaltlichen Blöcken, nicht ausbleiben. Auch weist das Buch gewisse wohl kaum zu vermeidende Redundanzen auf, etwa in den Textabschnitten zum Wahlverhalten oder den biografischen Passagen. Zudem unterscheiden sich die einzelnen Beiträge auch sprachlich. So ist das aus der Dissertation Jägers hervorgegangene Kapitel zum Wahlverhalten deutlich anspruchsvoller zu lesen als etwa der leicht zugängliche Überblick über die Gewerkschaftsgeschichte, welches nur teilweise mit Belegen versehen ist. Ein genauer Hinweis auf die Provenienz der jeweiligen Unterkapitel, der eine Orientierung erleichtert hätte, fehlt dabei jedoch größtenteils.

Die inhaltliche Klammer, die das Buch zusammenhält, ist das Andenken an die Errungenschaften der Bergarbeiterbewegung. Aus diesem Aspekt ergibt sich ein letzter Einwand: Jägers Blick ist zwar nicht einseitig positiv, mitunter, gerade im ersten Drittel des Buches, erzählt er jedoch eine regelrechte Heldengeschichte. So wird etwa wortwörtlich »die Schuld« für die rassistischen Vorurteile der deutschen Kumpel gegenüber ihren polnischen Kollegen bei den Unternehmern, der Regierung und der katholischen Kirche verortet, ohne aber die Akteure rassistischer Praktiken selbst in die Verantwortung zu nehmen. Dass xenophobe Vorurteile (nicht nur, aber auch gegen Polen) unter Arbeitern und Arbeiterinnen weit verbreitet waren, zeigen beispielsweise die von Richard Evans in Auszügen herausgegebenen polizeilichen Aufzeichnungen Hamburger Kneipengespräche für das Kaiserreich auf. Auch Jägers ungetrübt positive Beurteilung des zur Vermeidung sozialer Härten verzögerten (Stein-) Kohleausstiegs ließe sich angesichts der aktuell vermehrt zu Tage tretenden ökologischen Folgen einer Energiepolitik, die auf Kohlestrom angewiesen ist, in Frage stellen und in Relation zu den sozialen Folgen setzen.

Zusammengefasst hat Wolfgang Jäger einen gut geschriebenen, detailreichen und weitestgehend kohärenten Überblick über die Geschichte der Bergarbeiterbewegung vorgelegt, der sich jedoch nicht völlig von den methodischen und theoretischen Fallstricken der »neueren« Sozialgeschichte lösen kann. Das Ziel des Autors, an die Leistungen der Ruhrbergarbeiter würdigend zu erinnern, erfüllt er dessen ungeachtet mit Bravour.

Tobias Bruns, Marburg

Zitierempfehlung:

Tobias Bruns: Rezension von: Wolfgang Jäger, Soziale Sicherheit statt Chaos. Beiträge zur Geschichte der Bergarbeiterbewegung an der Ruhr, Klartext Verlag, Essen 2018, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 59, 2019, URL: <<http://www.fes.de/afsbins/afsbins.cgi?id=81904>> [15.8.2019].

Gerd Dietrich, Kulturgeschichte der DDR, Band I: Kultur in der Übergangsgesellschaft 1945–1957; Band II: Kultur in der Bildungsgesellschaft 1957–1976; Band III: Kultur in der Konsumgesellschaft 1977–1990, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2018, S. 2429, geb., 286,00 €, ISBN 978-3-647-30192-1.

Angesichts von Gerd Dietrichs monumentaler »Kulturgeschichte der DDR« kommt man nicht umhin, über das Konzept einer Kulturgeschichte etwas genereller nachzudenken, zumal einer deutschen. Die 2009 im Hanser-Verlag erschienene Kulturgeschichte der Bundesrepublik, die ich gemeinsam mit Axel Schildt verfasst habe, ist viel gelobt, aber auch kritisiert worden, unter anderem dafür, nicht die Kulturgeschichte *beider* deutscher Staaten erzählt zu haben.¹ »Viel Hüben und wenig Drüben« war etwa eine Besprechung im »Parlament« überschrieben, in der uns »Westbindung« vorgeworfen wurde.² Hier wurde die Absicht deutlich, im Rückblick zusammenzubinden, was nicht zusammengehörte – oder doch auf jeden Fall nicht gemeinsam existierte, sondern in Form getrennter Staaten und Gesellschaften, die, das wusste schon Leopold von Ranke, grundsätzlich als Individuen zu betrachten sind. Mir scheint, dass dieses geschichtspolitische Motiv mittlerweile etwas weniger stark vorgetragen wird, nicht zuletzt, weil die historische Forschung die Eigenlogik beider Gesellschaften in den vergangenen Jahren immer genauer herausgearbeitet hat, wie sie jenseits des von Christoph Kleßmann postulierten produktiven Ansatzes einer »asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte« bestanden hat. Derartige Verflechtungen gab es natürlich, wie auch Dietrichs Kulturgeschichte der DDR immer wieder deutlich macht, aber darin gehen eben die Geschichten der beiden deutschen Staaten nicht auf.

Offener gegenüber dieser Konstellation hatte sich schon 2009 Hermann Glaser gezeigt, der hoffte, der »Platz« für eine Kulturgeschichte des »ostdeutschen Weg[es]« würde bald besetzt werden »mit der gleichen Umsicht, Gründlichkeit und unter Ausbreitung eines ähnlichen Materialreichtums, der im vorliegenden Werk an die 700 Seiten füllt.«³ Leider hat er nicht mehr erleben können, dass Dietrichs Werk mit fast 2.500 Seiten nicht nur unser bescheidenes Buch weit übersteigt, sondern auch Glasers eigene Kulturgeschichte der Bundesrepublik, die 1989 in ebenfalls drei Bänden mit knapp 1.200 Seiten erschienen war.⁴ Insofern ist, was beim Erscheinen unseres Buches noch schmerzliche Lücke war, nun auf überwältigende Weise ausgefüllt worden. Was wohl Hans-Ulrich Wehler zu dieser Proportion gesagt hätte, der der DDR, Stefan Heym zitierend, lediglich die Rolle einer »Fußnote« der Geschichte zugestehen wollte?⁵

Trotz ihres jeweils eigenen Gegenstands sind unsere beiden Kulturgeschichten methodisch »verflochten«, um mit Kleßmann zu sprechen, denn – und hier sind wir bei konzeptionellen Fragen – ihr Ansatz und ihre Struktur ähneln sich. *Erstens* geht Gerd Dietrich von einem weiten Kulturbegriff aus, wie es nach dem *cultural turn* eigentlich kaum mehr anders sein könnte. Weil in seinem Werk Kulturgeschichte weniger Gegenstand als Forschungsperspektive ist, gibt es im Prinzip keinen Aspekt der DDR-Geschichte, der nicht in die Darstellung einbezogen und »kulturalistisch« betrachtet werden kann. Darunter zum Beispiel immer wieder die Grundzüge der DDR-Wirtschaftsgeschichte, die nicht nur die Grundlage für Kultur in der DDR abgab, sondern auch Diskurse und Legitimitäten beeinflusste und umgekehrt von ihnen geprägt wurde. Wie beispielsweise zu Zeiten des »Neuen Ökonomischen Systems« (NÖS) an der Begeisterung für Kybernetik und Systemtheorie oder unter Honecker an der Maßgabe von der »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« zu studieren ist. Insofern handelt es sich de facto um eine veritable Geschichte der DDR, die allerdings durch ihren neuen Blick besticht: Er ist zwangsläufig weniger politisch als üblich, sondern bezieht breit etwa den Alltag ein, also eine in gewisser Weise »unpolitische« Sphäre, wobei derartige Begriffe – dazu später mehr – immer problematisch sind. Konzeptionell wirft dies allerdings die Frage auf, wie »alles« dargestellt werden kann, um nicht als beliebige Aneinanderreihung historischer Fakten zu langweilen.

¹ Axel Schildt/Detlef Siegfried, Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik von 1945 bis zur Gegenwart, München 2009.

² Ralf Hanselle, Viel Hüben und wenig Drüben, in: Das Parlament, 12./19.10.2009, S. 14.

³ Hermann Glaser, »Cooler« Kulturgeschichte, in: Deutschland-Archiv, 2/2010, S. 358–359.

⁴ Hermann Glaser, Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 1: Zwischen Kapitulation und Währungsreform 1945–1948, München 1985; Bd. 2: Zwischen Grundgesetz und Großer Koalition 1949–1967, München 1986; Bd. 3: Zwischen Protest und Anpassung 1968–1989, München 1989.

⁵ Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1949–1990, München 2008, S. 361.

Dass dies hier nicht der Fall ist, liegt daran, dass Dietrich *zweitens* die Kulturgeschichte der DDR in den übergeordneten Kapiteln durch jeweils drei Zugriffe durchmustert – a) wird die Geschichte der Alltags- und Populärkultur betrachtet, b) die politische Kultur und c) die »Hochkultur« bzw., weniger wertgeladen gesprochen, die Künste. Natürlich sind die zeitlichen Zäsuren DDR-spezifisch und daher nicht ganz parallel zu unserer Kulturgeschichte der Bundesrepublik, aber wer wollte, könnte durch diese Anlage die jeweiligen Entwicklungen in Ost- und Westdeutschland vergleichend lesen – und auf diese Weise auch Eigenlogiken und Verflechtungen in ihrer jeweils zeitspezifischen Form nachvollziehen.

In diesen Zusammenhang gehört aber auch *drittens* eine unsichtbare Struktur, die darin besteht, dass die Auswahl der Themen und ihre Anordnung nicht zufällig sind, sondern in ihrer jeweiligen Bedeutung im zeitlichen Verlauf gründen. So wird zum Beispiel die Geschichte des Films, die theoretisch in jeder der neun Perioden, die der Autor identifiziert hat, eine Rolle spielen müsste, nicht sklavisch abgearbeitet, sondern mal intensiver – nämlich in seiner Relevanz für den spezifischen Zeitabschnitt –, mal weniger intensiv oder gar nicht beleuchtet: In der »Trümmerzeit« steht seine Bedeutung als »Traumfabrik« im Mittelpunkt, in den frühen 1950er Jahren seine Verstaatlichung, ab Mitte des Jahrzehnts rückt er in den Hintergrund zugunsten des Aufstiegs des Fernsehens, dann wieder taucht er nicht unter Populärkultur auf, sondern es werden signifikante Werke der DEFA unter inhaltlichen und ästhetischen Aspekten in den Kapiteln zu den Künsten behandelt. Ähnlich geht es mit Mode, Architektur, den Akademien, der Religiosität, der Sexualität, den Geschlechterverhältnissen usw., durchsetzt von schönen Miniaturen etwa zu Alfred Kurella oder Brigitte Reimann, zum Montagemöbelprogramm MDW, zur »Indianistik« oder zur Geburt der Kulturwissenschaft, die in der DDR lange vor der Bundesrepublik als akademisches Fach etabliert wurde. Alles in allem entsteht so eine ebenso vielfältige wie durchdachte und pointierte Darstellung, die die zeitspezifische Kontur des jeweils Behandelten herausarbeitet und gleichzeitig den Nachvollzug der langen Linie über die Zäsuren hinweg ermöglicht. Glücklicherweise räumt Dietrich dem Geschilderten den nötigen Platz ein, so dass es nicht nur kurz angerissen, sondern ausführlich dargelegt und kontextualisiert wird. Das ist einer der großen Vorteile dieser drei dicken Bände: Mag sein, dass sie weniger prägnant sind als ein kurzer Lehrgang, aber dafür kommt man immer in den Genuss, sich in die Komplexität der Dinge versenken zu können.

Der Autor nimmt sich auch die Zeit, über die Voraussetzungen eines solchen Projekts gründlich nachzudenken, zum Beispiel über die Tragfähigkeit von in der Forschung kursierenden Konzepten in Verbindung mit dem Diktaturbegriff (»Fürsorgediktatur«, »partizipative Diktatur« etc.), die er allesamt für allzu pauschalisierend hält, ohne sie grundsätzlich abzulehnen. Stattdessen untersucht er die Verhältnisse historisch konkret und diskutiert die Brauchbarkeit derartiger Interpretamente, um dann jeweils ihre Berechtigung bzw. Mängel zu benennen. Insbesondere den nach der »Wende« modischen Diktaturenvergleich hält Dietrich mit Lutz Niethammer für fatal, weil durch eine derartige »Großideologisierung« die Lebenserfahrung der DDR-Bürgerinnen und Bürger überhaupt nicht in den Blick geraten sei. Die Stasi-Fixierung »bleibt normativ und teleologisch und zeichnet die DDR als negatives Kontrastbild von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit« (XIII). Grundsätzlich geht Dietrich hingegen von einer Spannung zwischen »dem egalitären sozial-kulturellen System und der autoritären politischen Diktatur« (798) aus, wodurch der Lebenserfahrung der Bürger ein großer Spielraum eingeräumt wird.

30 Jahre post festum ist ein guter Zeitpunkt für einen abständigeren Blick auf die Kulturgeschichte der DDR, eben weil sich Geschichtspolitik und Geschichtswissenschaft gerade auf diesem Terrain so intensiv ausgetobt haben, dass man übergeordnete Zugriffe souveräner abwägen kann und es an empirischen Detailstudien, auf denen eine Synthese fußen könnte, nicht mangelt. Der Verfasser bewegt sich ganz auf der Höhe der zeitgeschichtlichen Forschung – er argumentiert mit Spezialisten wie Martin Sabrow, Thomas Lindenberger, Mary Fulbrook, aber auch Günter Benser, wobei seine wichtigsten Gewährsleute Dietrich Mühlberg für die kulturwissenschaftliche und Wolfgang Engler für die sozialwissenschaftliche Perspektive sind.

Natürlich wirft ein solches Werk auch Fragen auf. Meine *erste* rührt aus der Perspektive einer bundesdeutschen Kulturgeschichte, denn von dort aus gesehen verwundert der hohe Stellenwert, der der Kulturpolitik zugemessen wird. Vielleicht gerade weil sich die Grundstruktur unserer Bücher stark ähnelt, fällt auf, dass die Spannung zwischen Staat und Gesellschaft bei Dietrich deutlich stärker hervortritt und die Gesamtinterpretation dadurch durchgängig politischer ist. Untersucht wird die DDR als »Kulturstaat« (S. XXff.) in der Tradition des Liberalismus und der Arbeiterbewegung, der seinen ökonomischen Rückstand gegenüber dem Westen durch kulturelle Überlegenheit zu kompensieren versuchte. Entsprechend schließen die drei Bände auch jeweils mit einer »kulturpolitischen Bilanz«. Aus westdeutscher Perspektive würde man diesen Aspekt weniger stark gewichten. Nicht, dass es dort keine Kulturpolitik gegeben hätte, nur war sie sehr viel uneinheitlicher, stärker durch *checks and balances* geprägt, allein schon dadurch, dass sie Ländersache war, aber auch durch die Parteienvielfalt und die verschiede-

nen Akteure, die hier jeweils eigene Interessen verfolgten, darunter nicht zuletzt die kommerzielle Kulturindustrie. Dietrich hatte sich vorgenommen, »sich von der dominierenden politischen Geschichtsschreibung zu lösen und die DDR stärker mit kulturwissenschaftlichen und praxeologischen Ansätzen zu untersuchen, um sie »ambivalenzfähig« zu machen« (S. XXVI). Das ist sicherlich weithin gelungen, es stellt sich jedoch die Frage, ob durch die starke Akzentuierung der Kulturpolitik nicht doch unter der Hand das Politische zur determinierenden Kraft geraten ist. Auch wenn natürlich eine unpolitische Kulturgeschichte der DDR ein Ding der Unmöglichkeit ist, so wäre doch immerhin denkbar, zum Beispiel eine Geschichte des Alltags zu schreiben, die stärker von unten, von den Akteuren her gedacht ist und durch Abschwächung der politischen Überdetermination durch Partei und Staat den zivilgesellschaftlichen Stimmen mehr Kraft verleihe und sich damit auch teilweise von diesen Bestimmungskräften emanzipieren könnte.

Zweitens und direkt damit im Zusammenhang stellt sich die methodische Frage, inwieweit die Quellenlage eine derartige Sicht begründen könnte. Mir scheint, dass »im Dietrich« die Kulturpolitik der SED jenen kulturgeschichtlich bestimmenden Platz einnimmt, den Axel Schildt und ich für die Bundesrepublik als gesellschaftliche Basisprozesse eher der Sozialgeschichte zugemessen haben. Wenn die politische Determination eine stärkere Rolle spielte als gesellschaftliche Wandlungsprozesse, dann muss ihr natürlich auch entsprechende Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die Frage ist, ob man nicht diese von der SED gewollte Bestimmung forschungspraktisch konterkarieren könnte, wobei sich natürlich die Frage nach den Quellen stellt. Dietrichs Kulturgeschichte bezieht die empirische Sozialforschung der DDR umfassend ein, aber es fällt doch auf, dass sie deutlich weniger üppig sprudelte als im Westen, wo zum Beispiel Daten der Demoskopie und der Konsumforschung in großen Mengen vorliegen. Daher erscheint es für die DDR erheblich schwieriger, kulturgeschichtliche Fragen einigermaßen repräsentativ zu beantworten, zum Beispiel solche nach subjektiven Wertzuschreibungen. Ich stelle mir diese Frage auch vor dem Hintergrund der sehr theoretischen Vorstellung, Dietrich fasste (wie Glaser) eines Tages seine dreibändige Kulturgeschichte in einem Band zusammen, und ein Verlag würde unser beider Bücher gemeinsam im Schubert verkaufen.⁶ Würde dann nicht allein schon aufgrund der disparaten Quellsituation der Eindruck einer offenen Gesellschaft West und einer dirigistischen Gesellschaft Ost präformiert?

Und *drittens* drängt sich eine Frage zur Bewertung des historischen Verlaufs der DDR-Geschichte und hier besonders des Anfangs auf. So einleuchtend es ist, die Geschichte nicht ausschließlich von ihrem Ende her zu betrachten, sondern ihre Offenheit in Rechnung zu stellen und damit den Eigenwert historischer Phasen herauszuarbeiten, so unerlässlich ist es doch auch, Anlagen für die spätere Entwicklung in früheren Phasen zu identifizieren. Und da hebt Dietrich für die frühen Jahre vor der Stalinisierung den Aspekt der »Offenheit und Pluralität« hervor, der auch auf manchen Feldern beschrieben wird – etwa anhand des Kabarettbooms, der Existenz einer unabhängigen Zeitschrift wie »Ost und West« oder der Entstehung einer »Ostmoderne« in Architektur und Städtebau. Andererseits wird Dietrich Staritz zugestimmt, der konstatierte, die Politik der Sowjetischen Militäradministration, die KPD zu bevorzugen und die Sozialdemokraten durch die Einheitspartei zu schwächen, habe »der politischen Pluralität in Ostdeutschland sehr früh sehr enge Grenzen« gesetzt (S. 73). Gerade angesichts der großen Bedeutung, die der von der SED bestimmten Kulturpolitik beigemessen wird, leuchtet daher der übergeordneten Befund nicht unbedingt ein.

Wenn Schildt und mir »Westbindung« vorgeworfen wurde, dann war das nicht auf unsere Herkunft bezogen. Bei Gerd Dietrich spielt die Herkunft in der Regel eine zentrale Rolle bei der Bewertung seines Buches. Dass der Autor in der DDR sozialisiert wurde und gearbeitet hat, scheint mir in erster Linie ein Vorteil zu sein, denn die Verbindung der professionellen Distanz des Historikers zu seinem Gegenstand mit einem sozialisationsbedingten Sensorium für die Problemlagen ist hier auf das Fruchtbarste gelungen. Doch oftmals wird in den bislang erschienenen Besprechungen die Sozialisation des Verfassers als potenziell problematisch betrachtet, ein Rezensent bezeichnete das Werk gar als »Verteidigungsschrift«.⁷ Und Ilko-Sascha Kowalczyk muss sich doch sehr wundern, dass hier »die Produkte der Zeitgeschichtsschreibung aus der DDR [...] kommentarlos als wissenschaftliche Referenzwerke verwendet werden«.⁸ Was doch eigentlich nur dafür spricht, dass die Forschung in der DDR nicht über einen Kamm geschoren werden kann – ebenso wenig wie der Staat oder seine Kultur an sich. Entscheidend für die Qualität sind immer noch die Komplexität der Darstellung und Deutungskraft der Analyse. Wenn Gerd Dietrich ein wenig dazu beigetragen hat, auch auf diesem Gebiet die üblichen Etikettierungen zu überwinden, wäre das nur zu begrüßen. Und in Wirklichkeit zerschellt ja doch alle Kritik im Detail an dem Mas-

⁶ So hatte es einer der Rezensenten 2009 imaginiert: *Hanselle*, Viel Hüben und wenig Drüben.

⁷ Frank Hoffmann, Rezension zu: Gerd Dietrich: Kulturgeschichte der DDR, Göttingen 2018, in: sehepunkte 19, 2019, Nr. 4, URL: <<http://www.sehepunkte.de/2019/04/32287.html>> [14.8.2019].

⁸ Ilko-Sascha Kowalczyk, Rezension zu: Gerd Dietrich: Kulturgeschichte der DDR, Göttingen 2018, in: H-Soz-Kult, 19.12.2018, <www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-29923> [15.7.2019].

siv überlegener historiografischer Synthese, an dem großen Buch, das Gerd Dietrich vorgelegt hat und das noch für viele Jahre Bestand haben wird. Es ist wichtig, dass der Verfasser dabei den Anspruch des Historikers auf Objektivität aufrechterhält, auch wenn natürlich jeder und jede weiß, dass es sie niemals ganz geben kann. Erfri-schenderweise wird er in gewisser Weise auch gleich wieder geschichtsphilosophisch relativiert dadurch, dass der Autor auf dem emanzipatorischen Potenzial von Kultur insistiert. Denn sie, so sieht er es mit Walter Benjamin, generiere Mut, Zuversicht und List, die »immer von neuem jeden Sieg, der den Herrschenden jemals zugefallen ist, in Frage« stellte. »Das galt und gilt selbstredend für die Herrschenden in der DDR«, so der Verfasser, »aber auch für die in der alten wie der neuen Bundesrepublik.«. (S. XLII)

Detlef Siegfried, Kopenhagen

Zitierempfehlung:

Detlef Siegfried: Rezension von: Gerd Dietrich, Kulturgeschichte der DDR, Band I: Kultur in der Übergangsgesellschaft 1945–1957; Band II: Kultur in der Bildungsgesellschaft 1957–1976; Band III: Kultur in der Konsumgesellschaft 1977–1990, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2018, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 59, 2019, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81905>> [15.8.2019].

Hans-Peter Ullmann, Das Abgleiten in den Schuldenstaat. Öffentliche Finanzen in der Bundesrepublik von den sechziger bis zu den achtziger Jahren, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2017, 424 S., geb., 60,00 €, ISBN 978-3-525-30111-1.

Es ist bekannt, dass die sozial-liberale Koalition unter den Kanzlern Brandt und Schmidt nicht nur die Bundesrepublik unter dem Motto »Mehr Demokratie wagen« reformierte und mit ihrer »Neuen Ostpolitik« das Verhältnis zur DDR und östlichen Nachbarstaaten neu fundierte, sondern auch die öffentliche Verschuldung drastisch erhöhte. Wie, warum und durch wen das geschah, mit welchen Argumenten, Konflikten und Bündnissen, das erfährt man im Einzelnen aber erst in Hans-Peter Ullmanns *magnum opus*, das hier zu besprechen ist. Es fußt auf umfangreichem Archivmaterial aus den einschlägigen Ämtern, Ministerien, Verbänden und Ausschüssen, auf Parteiquellen, Nachlässen wichtiger Akteure und einer Reihe von Interviews. Es wertet Kabinettsprotokolle parlamentarische Debatten, aber auch Expertengremien, wirtschafts- und finanzwissenschaftliche Zeitschriften sowie Tages- und Wochenzeitungen aus – neben zeitgenössischen Meinungsumfragen und der Forschungsliteratur, die allerdings, was die Finanzgeschichte der Bundesrepublik angeht, bis zum Erscheinen dieses bahnbrechenden Werkes äußerst spärlich gewesen ist. Das Buch ist eine neue, insgesamt ernüchternde Deutung der sozial-liberalen Koalitionen von 1969 bis 1982, ein Standardwerk zur Geschichte der öffentlichen Finanzen der von der Frühzeit der Bundesrepublik bis zur Wiedervereinigung und letztlich eine eindringliche Fallstudie zur Funktionsweise der parlamentarischen Parteiendemokratie im Spannungsfeld von Wirtschaftskonjunkturen, Öffentlichkeit, Institutionen und maßgeblich Handelnden in der »alten« Bundesrepublik. Es handelt sich um eine Herkulesarbeit mit wichtigen Erträgen für viele Bereiche der Zeitgeschichte.

Anfangs skizziert Ullmann Grundzüge der bundesdeutschen Finanzpolitik unter den Kanzlern Adenauer und Erhard: den lange erfolgreichen Kampf um einen einigermaßen ausgeglichenen Haushalt ohne Steuererhöhungen und größere Kreditaufnahme, der allerdings seit den späten fünfziger Jahren angesichts rasch wachsender gesellschaftlich-politischer Ansprüche unter Druck geriet und allmählich ungeplant expandierte. Die Finanzkrise von 1965/66 trug erheblich zum Zerbrechen der Regierung Erhard bei.

Ausführlich und umfassend analysiert Ullmann die Entstehung der von ihm als »Expansionskoalition« bezeichneten diskursiv-politisch-sozialen Bewegung seit den späten 1950er-Jahren, die den »Gegensatz zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut« publizistisch immer häufiger skandalisierte, auf Ausweitung der Staatstätigkeit drängte, keynesianisch inspirierte »Fiscal policy« befürwortete und von einem heterogenen, aber von Mitte der 1960er- bis Mitte der 1970er-Jahre einflussreichen Bündnis getragen wurde, zu dem Politiker der verschiedenen Parteien (vor allem aber Sozialdemokraten), hohe Beamte, Vertreter von Verbänden (insbesondere der Gewerkschaften), wirtschafts- und finanzwissenschaftliche Experten, Meinungsmacher in den Medien und, wie Umfragen zeigten, wachsende Teile der Bevölkerung mit steigenden Ansprüchen gehörten. Der Systemwettbewerb mit der DDR spielte eine Rolle, die Rezession von 1966/67 auch. Den siegreichen Durchbruch dieser Mentalitäts-, Denk- und Handlungsrichtung brachte die Große Koalition (Kiesinger-Brandt) 1966–1969. Durch sie – ihr Stabilitäts- und Wachstumsgesetz, die Umgestaltung des Haushaltsrechts und die Reform der Finanzverfassung – wurden entscheidende Weichen gestellt, die jetzt einsetzende »mittelfristige Finanzplanung« projektierte erstmals Zuwachsraten des Haushalts über das erwartete Wachstum des Sozialprodukts hinaus und eine deutlich steigende öffentliche Verschuldung. Diese Expansion habe noch »kontrolliert« stattgefunden, jedenfalls im Vergleich zur zweiten »dynamischen« Expansionsphase in den ersten Jahren der sozial-liberalen Regierung Brandt-Scheel (1969–1972), in denen es unter dem Einfluss verbreiteter Reformeuphorie, in der Erwartung fortdauernden Wachstums und im Vertrauen auf eine schier unbegrenzte Belastbarkeit der Wirtschaft zu einer immensen Steigerung der öffentlichen Ausgaben – insbesondere im Sozialbereich, für Bildung und Wissenschaft und im öffentlichen Dienst – kam und zur Inkaufnahme stark expandierender Kreditaufnahme (auch in Jahren raschen ökonomischen Wachstums, also keineswegs antizyklisch), gegen zunehmende Warnungen und Proteste der zuständigen Fachminister Axel Möller und Karl Schiller, die 1971 und 1972 zurücktraten. »Es gelang nicht, Ausgaben und Einnahmen aufeinander abzustimmen und mit den konjunkturellen Erfordernissen in Einklang zu bringen.« Für die Jahre 1972–1975 diagnostiziert Ullmann eine dritte (»pragmatische«) Expansionsphase, zunehmend unter dem Einfluss des Doppelministers Helmut Schmidt, der aber mit seiner Politik moderater Steuererhöhungen und überschaubar bleibender Kreditfinanzierung angesichts der vorher getroffenen Entscheidungen, steigender Prei-

se und hoher Tarifabschlüsse an seine Grenzen stieß, erst recht als mit der Rezension von 1974/75 im Land und international der Boom der Nachkriegsprospérité zu Ende ging.

Ullmann zeigt dann im Einzelnen wie im Zusammenspiel von sich drehender öffentlicher Meinung, Wissenschaft, organisierten Interessen und wachsenden Teilen der Politik die »Expansionskoalition« mit ihrer Planungseuphorie und ihrem Vertrauen in keynesianische »Fiscal policy« seit Mitte der 1970er-Jahre erodierte und in harten Konflikten allmählich einer »Konsolidierungskoalition« Platz machte. Die Regierung, jetzt unter Kanzler Schmidt, versuchte umzusteuern, doch ohne durchgreifenden Erfolg. Als Folge vorher getroffener Entscheidungen, angesichts rückläufiger Einnahmen aufgrund nachlassenden Wirtschaftswachstums und bedingt durch die fehlende Bereitschaft für radikalere Sparmaßnahmen vor allem in der regierenden SPD beschleunigte sich die Nettokreditaufnahme sogar, und mit ihr die Zinslast. Endgültig scheiterte Finanzminister Matthöfer mit seiner vorsichtigen Konsolidierungspolitik an der zweiten Ölkrise 1979/80 und der ihr folgenden Rezession. »Zu niedrig angesetzte Ausgaben für wichtige Einzelpläne und eine Reihe teils voraussehbarer, teils unerwarteter Mehrausgaben ließen den Haushalt aus den Fugen geraten.« Der Parteienstreit um die notwendige Konsolidierung trug wesentlich zum Bruch der sozial-liberalen Koalition 1982 bei.

Zwar betont Ullmann, dass die Mitte-Rechts-Regierung unter Kanzler Helmut Kohl in den folgenden Jahren nicht die von ihr versprochene Wende, sondern nur eine »unfertige Konsolidierung« ins Werk gesetzt habe. In der Tat kam es in der Bundesrepublik nie zu der »neoliberalen« Wende, die Margaret Thatcher in Großbritannien und Ronald Reagan in den USA vorexerzierten. Doch die tatsächlich durchgesetzten Einsparungen, Umschichtungen und Privatisierungen ließen – in Umkehrung des Trends der vorangehenden anderthalb Jahrzehnte – sowohl die Sozialleistungsquote wie die Staatsquote insgesamt zwischen 1982 und 1989 deutlich sinken (von 33 % auf 30 % bzw. von 50 % auf 45 %). Und die Nettoverschuldung des öffentlichen Gesamthaushalts ging in diesen Jahren von 4,3 % auf 1,5% des Bruttosozialprodukts zurück, bevor mit der deutschen Vereinigung die Karten neu gemischt wurden.

Der Autor beurteilt die Finanzpolitik der sozial-liberalen Koalition unter Brandt und Schmidt – anders als die der vorausgehenden Großen Koalition – sehr kritisch. Die öffentlichen Haushalte seien stärker gewachsen, »als es konjunkturpolitisch sinnvoll und finanzpolitisch akzeptabel gewesen wäre« (S. 189). In sorgfältig erarbeiteten, wenn bisweilen auch unzureichend erläuterten Grafiken (S. 244–248) zeigt er die exorbitante Steigerung der Schuldenquote von unter 20 % 1969 auf fast 40 % 1982 (für Bund, Länder und Gemeinden zusammen), schneller als in den anderen großen OECD-Ländern. Damit stieg – und das erscheint mir als die gewichtigste Zahl – der Anteil der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben des Staats von 3 % 1969 auf ca. 8 % 1982. Zu Recht folgert Ullmann, dass der Gestaltungsspielraum der Politik schrumpfte und weiter zu schrumpfen drohte. Ullmanns Analyse überzeugt. Man begreift, dass ein Umsteuern politökonomisch nötig und – ebenso wichtig – parlamentarisch-demokratisch möglich war, wenn auch nicht ohne Regierungswechsel. Man sieht an diesem Beispiel auch, dass Entwicklungen, die häufig als »neoliberale« Wende beklagt werden, jedenfalls partiell aus Widersprüchen der vorangehenden Entwicklungsphase hervorgingen.

Ullmanns Darstellung endet allerdings empirisch wie perspektivisch mit der Wiedervereinigung. Sie stellt sich nicht dem Befund, dass die sozial-liberale Verschuldungspolitik die Bundesrepublik langfristig weder ökonomisch noch politisch geschwächt zu haben scheint. Sie bezieht nicht ein, dass die öffentliche Verschuldung vieler Länder vor allem seit 2008 Ausmaße erreicht hat, die die sozial-liberalen Schulden der 1970er- und 1980er-Jahre als relativ bescheiden erscheinen lassen. Sie stellt nicht in Rechnung, dass unter den international stark veränderten finanzpolitischen Bedingungen der Gegenwart und (vermutlich) auch der überschaubaren Zukunft, angesichts eines weltweit radikal reduzierten Zinsniveaus und bei zunehmender Bereitschaft, Schuldentilgungen zumindest sehr weit in die Zukunft zu verschieben, hohe Verschuldung aufhören kann, der politische Sprengsatz zu sein, zu dem sie in den 1980er-Jahren zu werden begann. Vielmehr mag deutlich erhöhte öffentliche Verschuldung zu investiven Zwecken aus ökonomischen, sozialen und außenpolitischen Gründen in Ländern wie der Bundesrepublik dringend geboten sein. Das entkräftet Ullmanns eindringliche Analyse für seinen Untersuchungszeitraum zwar überhaupt nicht. Aber die Frage stellt sich, ob sich nicht im Licht der jüngsten Verhältnisse und Erfahrungen die Deutung der sozial-liberalen Phase der Bundesrepublik samt ihrer Finanzpolitik erneut ändern könnte.

Jürgen Kocka, Berlin

Zitierempfehlung:

Jürgen Kocka: Rezension von: Hans-Peter Ullmann, Das Abgleiten in den Schuldenstaat. Öffentliche Finanzen in der Bundesrepublik von den sechziger bis zu den achtziger Jahren, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2017, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 59, 2019, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81906>> [15.8.2019].

Axel Schildt/Wolfgang Schmidt (Hrsg.), »Wir wollen mehr Demokratie wagen«. Antriebskräfte, Realität und Mythos eines Versprechens (Willy-Brandt-Studien, Bd. 6), Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2019, 296 S., brosch., 32,00 €, ISBN 978-3-8012-0549-2.

Willy Brandts Satz zu mehr Demokratie in seiner ersten Regierungserklärung als Kanzler 1969 hat sich längst von der konkreten Situation emanzipiert und ist zum scheinbar alles erklärenden Stichwort für den ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler der Bundesrepublik geworden, parallel zu seinem bildlich festgehaltenen Kniefall ein Jahr später in Warschau. »Zeitworte« nennt Martin Sabrow das einleitend, wenn er generell für die Zeitgeschichte eine solche Loslösung von der zitierfähigen Erstnutzung herausarbeitet, so wie es in anderen Medien mit »Schlagbildern« geschildert und erörtert worden ist. Dieses Überstrapazieren des Begriffs »mehr Demokratie wagen« gibt auch einigen Autorinnen und Autoren des Bandes selbst zu denken, die dann doch gerade diesen Differenzierungsprozess angehen und leisten.

Hier jedoch werden in 14 Fallbeispielen Kontexte erarbeitet, welche gerade den Demokratieanspruch mit der politischen, sozialen und nicht zuletzt intellektuellen Realität konfrontieren. Hierbei hat Brandt, die SPD, die diversen linken sozialen Bewegungen zwar einen angemessenen Schwerpunkt, jedoch sucht der Band tendenziell mehrere Jahrzehnte bundesrepublikanischer Geschichte in den Blick zu nehmen. Vier Beiträge widmen sich der Entwicklung bis 1969. So spürt Kristina Meyer dem sozialdemokratischen Demokratiepostulat gerade im Hinblick auf den Umgang mit der NS-Zeit nach, findet viele Defizite, plädiert dennoch für Nachsicht. Links- oder auch rechtsintellektuellen, nicht konformen Sehnsuchtsorten spürt Alexander Gallus nach, und sieht bei einigen Linken eine Projektion auf Willy Brandts Formel, der Liberal-Konservative eher skeptisch gegenüberstanden. Ideengeschichtlich sucht Jens Hacke den Demokratisierungsausschrei Brandts als »dynamischen und offenen, tendenziell unabschließbaren Prozess« zu umreißen. Was hier als Möglichkeit der Planung schon anklang, führt Elke Seefried konkret am Regierungshandeln der Jahre ab 1969 aus, indem sie schlüssig den latenten Widerspruch von (autoritativer) Planung von oben und Demokratisierung hervorhebt. Bei Detlef Siegfried sind es die schon seit den 1950er-Jahren entwickelten und in der APO wirksamen Thesen von partizipatorischer Demokratie (Johannes Agnoli u.a.), die dann immerhin zum Teil von Brandts werbendem Appell integriert werden konnten.

Fünf Beiträge (Seefrieds Beitrag zur Planung wurde schon erwähnt) widmen sich der Umsetzung in der Zeit bis 1974. Innerparteilich wurde zwar viel an neuem Engagement mobilisiert – so Dietmar Süß –, jedoch führte dies vielfach in der konkreten Debattenkultur und politischen Umsetzung zu Enttäuschungen. Er spricht von »überzogenen Erwartungen, ideologischer Abschottung, jugendlich-männlicher Überheblichkeit«, der er Beharrungskräfte des Parteiestablishments gegenüberstellt. Knud Andresen geht es um die Mobilisierung der Jugend, zumal der Gewerkschaften (Jugendzentren); Alexandra Jaeger widmet sich der Umsetzung des von ihr »Radikalenbeschluss« genannten Erlasses in der Hamburger SPD (Brandt hatte diesen von Anfang an voll mitgetragen) und schließlich ermittelt Daniela Münkler die von der DDR-Führung zunächst wahrgenommenen Chancen, die dann bei Brandts auch dort populär erscheinendem Aufbruch destabilisierend wirken konnten. Alle diese Beiträge zeichnen ein verständnisvoller, aber kritischer Umgang mit einem so einfach scheinenden Demokratieaufbruch dar.

Von konservativer Seite gab es in der BRD bei der CDU große ideologische Vorbehalte gegenüber einer Demokratisierung nicht nur des Staates, sondern der Gesellschaft, wie Martina Steber in einem überblicksartigen Essay zum Vergleich mit den britischen Entwicklungen hin zum Thatcherismus zeigt. Doch da sind wir schon in den 1980er-Jahren. Neben diesem BRD-britischen Vergleich finden sich zwei analoge zu Frankreich und den USA. Während Hélène Miard-Delacroix behutsam Ähnlichkeiten aufzeigt, jedoch den großen Unterschied zur französischen *planification* hervorhebt, die erst unter Valéry Giscard d'Estaing ab 1974 vergleichsweise Reformen auslösen konnten, provoziert Philipp Gassert mit einer positiven Parallele Nixon-Brandt: Während ersterer mit radikal anti-linker Rhetorik glänzte und sich somit ganz anders positionierte, wiesen die US-Sozialreformen jener Jahre für Gassert doch manche Parallelen zur konkreten Brandtschen Reformpolitik auf.

Noch weiter von Brandt entfernen sich die aufschlussreichen Beiträge zur internationalen Dimension von Demokratisierung. Es ist schon früher gezeigt worden, dass Entwicklungspolitik unter Kanzler Brandt noch nicht im Vordergrund stand; Bernd Rother weist aber für die späteren Jahre in der Sozialistischen Internationale nach, dass Demokratie im westlichen Sinne angesichts der Konkurrenz zu kommunistischen Bemühungen kein allein

entscheidendes Kriterium war. Diesen Befund unterstreicht Frank Bösch nochmals, allerdings vornehmlich für die Zeit nach der Regierung Brandt: Demokratie und Menschenrechte spielten in unterschiedlichen Weltgegenden – Lateinamerika, Ostasien u.a. – für alle bundesdeutschen Regierungen eine untergeordnete Rolle gegenüber anderen Interessen. Hier zeigt sich – und das sollte man wohl weiter befragen –, dass innergesellschaftliche Ordnungsvorstellungen und entsprechende Politik per se im internationalen Staatensystem ganz andere Ausartierungen erforderten als politische Werte wie Demokratie und Menschenrechte.

Doch insgesamt gilt für den ganzen Band, dass hier eine mittlere Forschergeneration, die zum Teil jahrelang einschlägig geforscht hat, das Leitwort des »Demokratie-Wagens« in Theorie und Praxis kontextualisiert und dabei zwar viel Luft aus dem Begriff herauslässt, dafür aber beachtenswerte neue Sichtachsen und Erkenntnisse gewinnt. Der Verlag kündigt den Band als Beitrag zum 50-jährigen Jubiläum von Brandts Regierungsantritt an – genau eine solche Jubelschrift ist er jedoch glücklicherweise nicht geworden. Er ging vielmehr aus einer Tagung von 2017 hervor, die von Axel Schildt maßgeblich geprägt worden war. Leider starb Schildt kürzlich, so dass er zwar die von ihm mit Wolfgang Schmidt verfasste Einleitung noch mitgestalten konnte, das Erscheinen des Bandes aber nicht mehr erlebte. So ist unter der Hand »Wir wollen mehr Demokratie wagen« zu einem Kabinettstück vielfältiger kritischer Zeitgeschichtsschreibung in Deutschland geworden, für die gerade Axel Schildt über Jahrzehnte maßgeblich als Autor und Anreger tätig gewesen ist: fast schon eine – unbeabsichtigte – erste Gedenkschrift.

Jost Dülffer, Köln

Zitierempfehlung:

Jost Dülffer: Rezension von: Axel Schildt/Wolfgang Schmidt (Hrsg.): »Wir wollen mehr Demokratie wagen«. Antriebskräfte, Realität und Mythos eines Versprechens (Willy-Brandt-Studien, Bd. 6), Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2019, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 59, 2019, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81907>> [15.8.2019].

Cédric Hugrée/Etienne Penissat/Alexis Spire (Hrsg.), Les classes sociales en Europe. Tableau des nouvelles inégalités sur le vieux continent, Éditions Agone, Marseille 2017, 272 S., brosch., 19,00 €, ISBN 978-2-74-890333-1.

Dieses Buch möchte soziale Klassen wieder zum Thema wissenschaftlicher Forschung machen, nachdem es in den vergangenen Jahrzehnten in den Hintergrund getreten ist. Dabei geht es den Autoren nicht primär um eine Weiterentwicklung von theoretischen Konzepten der sozialen Klassen, sondern um eine Nutzung des Konzepts für die empirische Forschung. Sie haben dabei zwei Ambitionen: Sie möchten erstens erreichen, dass in der Forschung zur sozialen Ungleichheit nicht mehr nur Ungleichheit zwischen Individuen, sondern auch Ungleichheit zwischen den heutigen sozialen Klassen untersucht wird. Sie arbeiten mit einem Konzept von drei sozialen Klassen, Unterschicht (*classes populaires*), Mittelschicht (*classes intermédiaires*) und Oberschicht (*classes supérieures*). Dabei legen die Autoren ein breites Verständnis von sozialer Ungleichheit zugrunde. Sie untersuchen nicht nur, wie die meisten der jüngsten ökonomischen Untersuchungen hierzu, Einkommens- und Vermögensunterschiede, sondern auch Arbeitsbedingungen, Bildung, Wohnen und Lebensweisen sowie Ungleichheiten zwischen Geschlechtern und Generationen, unter anderem um die Möglichkeiten einer neuen sozialen Bewegung zu eruieren. Die zweite, besonders originelle Ambition: Das Buch möchte zudem die Unterschiede zwischen den sozialen Klassen nicht im nationalen Rahmen, sondern in der ganzen Europäischen Union untersuchen. Dieser Versuch ist in der gegenwärtigen Soziologie selten. Die Autoren stützen sich dafür vor allem auf Daten des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat), über Arbeitskräfte (Labour Force System), über Arbeits- und Lebensbedingungen (EU-SILC), über Weiterbildung (Adult Education Survey) und auf Daten der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound). Diese Daten werden teils schon seit den 1980er-Jahren, teils aber erst seit wenigen Jahren erhoben. Das Buch beschränkt sich deshalb auf die Gegenwart und verfolgt den längeren historischen Wandel nicht. Wenn Eurostat seine Kategorien beibehält, dürfte die Auswertung dieser europäischen Daten zukünftig auch für Historikerinnen und Historiker von großem Interesse sein.

Das Buch der Soziologen des »Centre national de la recherche scientifique« enthält eine ganze Reihe beachtenswerter Resultate. Davon seien drei erwähnt: Es ist nicht gänzlich überraschend, aber aus Sicht eines Historikers des 19. und 20. Jahrhunderts doch bemerkenswert, dass die Unterschicht in der Europäischen Union weniger als die Hälfte der Bevölkerung (in den Großstädten noch weniger), die Mittelschicht ungefähr ein Drittel, und die Oberschicht ungefähr ein Fünftel der aktiven Bevölkerung (in den Großstädten noch mehr) umfasst, also die Unterschicht deutlich schmaler und die Oberschicht deutlich breiter ist als im Europa des 19. und auch noch der Mitte des 20. Jahrhunderts. Die Autoren zeigen darüber hinaus in origineller Weise, dass die Oberschicht nicht überall in Europa gleich breit ist, im westlichen Europa, darunter Großbritannien, Frankreich, Deutschland, aber auch im heutigen Polen deutlich breiter ist als anderswo in Europa. Dagegen ist die Unterschicht im südlichen Europa und auch meist im östlichen Europa umfangreicher als im europäischen Durchschnitt. Die Autoren betonen auch, dass diese drei Klassen keineswegs homogen sind. Die wichtigste Trennlinie in der Unterschicht sehen sie in wachsender Lohnabhängigkeit im Westen, dagegen im Anwachsen von kleinen Selbständigen im Süden und Osten Europas. Zentrale Spaltungslinien in der Mittelschicht liegen für sie zwischen stabiler Staatsbeschäftigung und instabilerer privater Beschäftigung. Die wichtigste und zunehmende Abgrenzung innerhalb der Oberschicht entsteht für sie durch die Gegensätze zwischen reichen Managern und den von prekärer Situation bedrohten kulturellen und intellektuellen Berufen der Oberschicht. Schließlich stellen die Autoren auch spürbare Unterschiede der sozialen Lage heraus zwischen den relativ abgesicherten Unterschichten des Nordens und den stärker von Prekarität und internationaler Konkurrenz bedrohter Unterschichten des Südens, auch Frankreichs. Sie sehen in den Sparzwängen der Europäischen Zentralbank und dem Abbau staatlicher sozialer Sicherung einen wesentlichen Grund für diese Divergenz innerhalb der Europäischen Union. Die Stärke des Buches liegt vor allem in solchen europäischen Vergleichen.

Die Grundintention, soziale Klassen in der Europäischen Union zu untersuchen, wird in dem Buch allerdings nicht vollständig eingelöst. Die Wahl der drei Klassen und die Zuordnung von Berufsgruppen wird nicht genügend erläutert. Jedenfalls geht es nicht nur um soziale Hierarchien. Die Unterschichten nehmen zwar in dieser Darstellung durchweg die unteren sozialen Ränge ein, aber die Mittelschichten und die Oberschichten stehen, so entnimmt man dem Buch (S. 223), zu einem erheblichen Teil in der sozialen Hierarchie nebeneinander. Zudem

werden zwar die Divergenzen innerhalb der drei sozialen Klassen gut ausgeleuchtet, aber was diese sozialen Klassen zusammenhält, welche Verflechtungen, welche gemeinsamen Erfahrungen, welche gemeinsamen sozialen Konflikte und politische Repräsentationen bestehen, bleibt zu wenig untersucht. Trotz neuartiger Ergebnisse überzeugt das Buch nicht darin, dass man die soziale Ungleichheit in der Europäischen Union nur als Ungleichheit zwischen diesen drei sozialen Klassen untersuchen kann.

Hartmut Kaelble, Berlin

Zitierempfehlung:

Hartmut Kaelble: Rezension von: Cédric Hugrée/Etienne Penissat/Alexis Spire (Hrsg.), *Les classes sociales en Europe. Tableau des nouvelles inégalités sur le vieux continent*, Éditions Agone, Marseille 2017, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 59, 2019, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81908>> [15.8.2019].